

□ WEF □

Das Weltwirtschaftsforum (WEF) fordert die Regierungen der Welt auf, die sogenannte „Klima-Untätigkeit“ zu kriminalisieren und schwere Strafen bis zum Tod für Zuwiderhandlungen zu verhängen.

In einem kürzlich erschienenen Artikel der nicht gewählten Organisation von Klaus Schwab fordert das WEF, dass die Nichteinhaltung der globalistischen grünen Agenda als „Menschenrechtsverletzung“ eingestuft werden sollte.

In den meisten zivilisierten Ländern der Welt sind Menschenrechtsverletzungen schwere Verbrechen, die mit harten Strafen geahndet werden.

In den Vereinigten Staaten variieren die Strafen für Menschenrechtsverletzungen nach Angaben des FBI zwischen einer Geldstrafe, einer Gefängnisstrafe von bis zu einem Jahr oder beidem.

Bei Körperverletzung oder dem Einsatz, dem Versuch oder der Androhung des Einsatzes von gefährlichen Waffen, Sprengstoffen oder Feuer drohen Geldstrafen oder Freiheitsstrafen von bis zu zehn Jahren oder beides.

Führt eine Menschenrechtsverletzung zum Tod oder handelt es sich um Entführung oder versuchte Entführung, schweren sexuellen Missbrauch oder versuchten schweren sexuellen Missbrauch oder versuchten Mord, kann eine Person zu einer mehrjährigen oder lebenslangen Haftstrafe oder zum Tode verurteilt werden, so das FBI.

Vor allem die Befürworter der grünen Agenda, die Demokraten und ihre Verbündeten in den Konzernmedien verbreiten immer wieder die Behauptung, dass die sogenannte „Klimakrise“ „Menschen tötet“.

Indem „Untätigkeit im Klimabereich“ zu einer Menschenrechtsverletzung erklärt wird, könnten diejenigen, die sich der „Leugnung“ der so genannten „globalen Erwärmung“ schuldig machen, zum Tode verurteilt werden.

Nach Ansicht des WEF wäre dies der richtige Weg, um die grüne Agenda voranzutreiben.

„Ist Untätigkeit beim Klimaschutz eine Menschenrechtsverletzung?“ fragt das WEF in einem Artikel auf seiner Website.

In dem Artikel deutet das WEF an, dass es in den kommenden Jahren immer mehr klimabezogene Rechtsstreitigkeiten geben wird.

„Klimabezogene Rechtsstreitigkeiten scheinen im Allgemeinen bereit für eine Expansion zu sein“, heißt es in dem Artikel.

Das WEF argumentiert weiter, dass „Klimaleugner“ für die „Rekordzahl von

Hitzetoten“ verantwortlich seien.

Laut der Datenbank Global Climate Change Litigation gibt es weltweit mehr als 130 Fälle, in denen menschenrechtliche Ansprüche gegen Regierungen geltend gemacht wurden.

Die auf Klimaprozesse spezialisierte Anwältin Clémentine Baldon sagte letztes Jahr auf dem WEF, es gebe eine starke Erwartung, dass menschenrechtsbasierte Klimaklagen „weiter zunehmen werden“.

Am Mittwoch wurde beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eine Klage von sechs Jugendlichen gegen 32 europäische Länder eingereicht.

Die sechs Personen behaupten, dass die Länder es versäumt hätten, die angeblich durch menschliche Aktivitäten verursachte „Klimakrise“ zu bekämpfen.

Die Klage wird als „beispiellos“ in ihren möglichen Auswirkungen beschrieben“, so das WEF.

„Ein Sieg könnte einige der wohlhabendsten Länder der Welt dazu bringen, ihre Reaktionen auf den Klimawandel zu verstärken; eine Niederlage könnte die zahlreichen anderen rechtlichen Bemühungen beeinflussen, die derzeit im Gange sind, um die Untätigkeit zu bekämpfen.

Vergangenes Jahr sagte die norwegische Finanzchefin und WEF-Sprecherin Kjerstin Braathen, dass die Menschen bereit sein sollten, „Schmerzen“, Inflation und „Energieknappheit“ zu ertragen, um die grüne Agenda des WEF und der Vereinten Nationen (UN) voranzubringen.

„Wir müssen akzeptieren, dass der Prozess schmerzhaft ist“, sagte Braathen.

„Das Tempo, das wir benötigen [um den Klimawandel zu stoppen], wird auch Fehler zulassen“.

„Es wird Engpässe in der Energieversorgung geben.“

„Es wird zu Inflationsdruck führen, und vielleicht müssen wir anfangen, darüber zu reden – dass dieser Schmerz es wirklich wert ist“.

□ Quelle 05.10.2023

(<https://slaynews.com/news/wef-criminalization-climate-inaction-punishable-death/>) □ @technikus_news